



Auf nach Strasbourg! Gemeinsam stoppen wir die Bolkestein- Richtlinie! Europäische Demonstration am 11. Februar 2006



Richtlinie stellen werden. An der Bolkestein-Richtlinie können wir unsere grundlegende Position zur Globalisierung deutlich machen: keine weitere Liberalisierung! Jetzt ist Zeit für soziale und ökologische Regulierung. Wir wollen die Europäisierung und Globalisierung sozialer Rechte und einen Prozess der Angleichung von ökologischen und sozialen Standards nach oben.

Attac mobilisiert überall zu der europaweiten Demonstration nach Strasbourg. Aus vielen Städten in Frankreich und Deutschland fahren Busse, aus Paris kommt ein Sonderzug.

Selbst wenn nur einige Tausend nach Strasbourg kommen, zeigen wir so, wie unser Europa der Solidarität und Zusammenarbeit aussieht.

Sollte das EP die skandalöse Richtlinie trotz unseres Widerstands beschließen, so müssen noch die Regierungen der Mitgliedsländer im EU-Ministerrat zustimmen. Damit haben wir eine zweite Chance.

Deshalb unterstützen wir auch die Demonstration des DGB am 11. Februar vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin, um den Druck auf die Bundesregierung und die deutschen EP-Abgeordneten zu erhöhen.

Damit die Europäische Demonstration in Strasbourg ein Erfolg wird, brauchen wir Deine und Ihre Hilfe:

- kommt am 11.2. nach Strasbourg,
- überzeugt FreundInnen und Bekannte,
- nutzt dazu die Flugblätter, E-cards und viele Materialien auf:

www.attac.de/strasbourg

- spendet für Mobilisierungsanzeigen (s. Seite 12) oder:

www.attac.de/strasbourg/kampagnenspenden.php

- schickt E-mails an die Abgeordneten im Europaparlament über unsere Internetseite.

Sven Giegold

Inhalt

HINTERGRUND

Der Bolkestein-Hammer, Teil II - 2 -

AKTIV

Lidl-Kampagne II - 3 -

Aktionskonferenz in Rostock - 3 -

DEBATTE

Wie weiter nach Hongkong? - 4/5 -

KALENDER

Rückblick und Ausblick - 6/7 -

PORTRAIT

ila, Wissenschaftlicher Beirat - 8 -

INTERVIEW

Lidl in der Bewegung - 9 -

PUBLIKATIONEN

Themenpaket „Krieg und Frieden“ - 10 -

LINKED

Attac-Rechtshilfefonds - 11 -

editorial

Liebe Attac-Mitglieder,

gleich zu Jahresbeginn startet Attac wieder einmal eine große Aktion und setzt alle Energie auf das Kippen der Bolkestein-Richtlinie. Über deren bedrohliche Auswirkungen hatten wir bereits vor einem Jahr im Rundbrief eingehender berichtet. Aus aktuellem Anlass, der Abstimmung über den „Bolkestein-Hammer“ im Europaparlament in Strasbourg, ist die in vielen und sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen höchst umstrittene Liberalisierungs-Richtlinie ein weiteres Mal zentrales Thema.

Neben den entscheidenden Infos zur Demo in Strasbourg informieren wir über den aktuellen Stand der Verhandlungen in Brüssel und bitten dringend auch alle weniger aktiven Attac-Mitglieder um tat- und zahlungskräftige Unterstützung der Proteste.

Die neoliberale Politik der EU ist eines der zentralen Attac-Themen in 2006. Attac ist aber auf mehreren globalen und lokalen „Baustellen“ aktiv: Das sind die Lidl-Kampagne, die letzten Sommer mit großem Erfolg gestartet ist, die Vorbereitung auf dem G8-Gipfel 2007 in Deutschland oder das quo vadis der WTO und ihrer Kritiker- und GegnerInnen. Nicht nur, aber auch darüber erfahren Sie mehr im Rundbrief.

Wir wünschen allen eine spannende Lektüre.

Mit solidarischen Grüßen

Gabriele Rohmann

Der Bolkestein-Hammer, Teil II

Totgesagte leben länger

EU-Dienstleistungsrichtlinie in der zweiten Runde

Am 22. November 2005 hat der federführende Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments nach einem fünfstündigen Abstimmungsmarathon einen Vorschlag für Änderungsanträge zum Richtlinienentwurf mit 25 Für-, 10 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen. Dieser wird nun am 15. Februar 2006 vom Europäischen Parlament in Erster Lesung beraten.



Im Januar 2004 vom damaligen EU-Kommissar Frits Bolkestein auf den Weg gebracht, hat diese „Bolkestein-Richtlinie“ ein wechselvolles Schicksal erlebt. Im Herbst 2004 begann sich erste massive Kritik und Protest gegen das Vorhaben zu regen, welche Gewerkschaften, Umwelt- und Wohlfahrtsverbände, soziale Bewegungen, aber auch Verbände von Handwerkern sowie kleinen und mittleren Unternehmen auf die Barrikaden trieb. Im Frühjahr 2005 wurde die Protestwelle so stark, dass die Kritik an der Bolkestein-Richtlinie am 19. März in Brüssel in den Mittelpunkt einer europaweiten Demonstration von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gestellt wurde. Sie avancierte anschließend zu einem wesentlichen Faktor für das Erstarken der „Nein“-Kampagne zur EU-Verfassung in Frankreich. Kein Wunder: Die vollständige Deregulierung des EU-Binnenmarkts für Dienstleistungen betreffen immerhin rund 70 Prozent der Beschäftigten und rund 50 Prozent der EU-Wirtschaft. (Wir berichteten in Rundbrief 01/05)

„Wir schlagen Schaum, wir seifen ein...“

Konfrontiert mit dieser breiten und bunt-scheckigen Kritik gingen der deutsche

Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Staatspräsident Jacques Chirac auf Distanz zur Kommission. Der Brüsseler EU-Gipfel vom 22./23. März 2005 erklärte, dass der EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen wie geplant geschaffen, aber dabei auch das Europäische Sozialmodell erhalten werden müsse. Der vorliegende Richtlinienentwurf erfülle „diese Anforderungen nicht vollständig“. Die überwiegende Mehrheit der Medien vermeldete anschließend, das Vorhaben sei damit vom Tisch. Dies erwies sich als unzutreffend. Die Europäische Kommission hielt ihren Vorschlag unverändert aufrecht.

Sie versuchte seitdem mit einigem Erfolg, die kritischen Kräfte zu beschwichtigen. Man werde die vorgebrachten Bedenken prüfen und sich für einen ausgewogenen Kompromiss einsetzen, so insbesondere der deutsche EU-Kommissar Günther Verheugen gegenüber dem DGB und der Gewerkschaft ver.di. Doch die Kommission hat bis heute keinen einzigen Vorschlag vorgelegt, wie sie den Richtlinienentwurf zu verändern gedenkt. Trotz aller Unmutsbekundungen einzelner Regierungen forderte auch beim zuständigen Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ im Juni 2005 kein einziger Mitgliedstaat die Kommission auf, ihren Vorschlag zurückzuziehen. Zeit gewinnen, die Kontroverse vernebeln und den Widerstand abflauen lassen war das nun offensichtliche Ziel dieser Manöver von Kommission und Regierungen.

Im Europäischen Parlament verfügen die Fraktionen der Konservativen (PPE-DE) und Liberalen (ALDE) über eine deutliche Mehrheit der Mandate. Bei der Abstimmung im Binnenmarktausschuss hat sich ein Bündnis von Konservativen, Liberalen und der nationalistischen Rechten (UEN) auf breiter Front durchgesetzt. An den strategischen Kernpunkten der Richtlinie wie dem Herkunftslandprinzip soll festgehalten werden, nur an einigen wenigen Punkten soll es Ausnahmeregelungen geben.

„Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“

Der Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU in Deutschland legt eine ganz ähnliche Marschrichtung fest: „Ein funktionierender EU-Binnenmarkt auch im Bereich der Dienstleistungen ist für Deutschland von herausragendem volkswirtschaftlichen Interesse. Hieran werden wir uns bei der weiteren Beratung der EU-Dienstleistungsrichtlinie orientieren. Die Mitgliedstaaten

müssen die Möglichkeit bewahren, im Rahmen der allgemeinen Grundsätze des EG-Vertrages auch weiterhin hohe Standards für die Sicherheit und Qualität von Dienstleistungen (zum Beispiel zum Schutz der Gesundheit, der Umwelt und der öffentlichen Sicherheit) durchzusetzen. Das Herkunftslandprinzip in der bisherigen Ausgestaltung führt uns nicht in geeigneter Weise zu diesem Ziel. Deshalb muss die Dienstleistungsrichtlinie überarbeitet werden. Wir werden ihr auf europäischer Ebene nur zustimmen, wenn sie sozial ausgewogen ist, jedem Bürger den Zugang zu öffentlichen Gütern hoher Qualität zu angemessenen Preisen sichert und Verstöße gegen die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt nicht zulässt.“

Damit positioniert sich die Große Koalition bloß für eine schwache Abmilderung des Herkunftslandsprinzips und gegen weit kritischere Stellungnahmen zur Dienstleistungsrichtlinie, welche die sie tragenden Parteien zuvor in Bundestags- und Bundesratsstellungen im Laufe des letzten Jahres schon einmal vertreten hatten. Sie folgt dem Wahlspruch von Konrad Adenauer: „Was kümmert mich mein ‚Geschwätz‘ von gestern“.

Farbe bekennen

SPD, CDU und CSU müssen nun Farbe bekennen, wie sie eine „sozial ausgewogene“ Gestaltung des Dienstleistungsinnenmarktes konkret bewerkstelligen wollen. Auf bundesdeutscher Ebene muss die neue Bundesregierung in Vorleistung treten: Das Arbeitnehmerentendegesetz, das bislang nur für den Kernbereich des Bauhaupt- und Nebengewerbes gilt, muss inklusive Mindestlohnregelungen und Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen auf alle Dienstleistungsbereiche ausgedehnt werden. Nur so kann der bereits jetzt bestehende Missbrauch der Dienstleistungsfreiheit auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt zurückgedrängt werden.

Solange das Herkunftslandsprinzip als strategischer Kern für den freien Dienstleistungsverkehr in der Richtlinie verbleibt, wird einem Dumpingwettlauf um soziale und andere Standards Tür und Tor geöffnet. Linkskräfte, Gewerkschaften und soziale Bewegungen müssen den Druck auf Bundesregierung, Bundesrat und Europaparlament erneut verstärken, um eine neue Dynamik gegen die Dienstleistungsrichtlinie in Gang zu setzen.

Klaus Dräger, Mitarbeiter der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament und Beirat der EU-AG von Attac

Lidl-Kampagne II

Lidl bewegt sich – Attac bleibt dran



Der Stein kommt ins Rollen: Der überaus verschwiegene Lidl-Konzern stellt zum ersten Mal in der 33-jährigen Unternehmensgeschichte einen Pressesprecher ein. Konzernchef Gehrig besucht Attac in Frankfurt, um über die Forderungen der Lidl-Kampagne zu diskutieren und stellt in Aussicht, beim Einkauf von Milch und Bananen in Zukunft auch faire Produkte zu berücksichtigen. Lidl

ist offenbar in Bewegung (siehe dazu auch das Interview auf Seite 9).

Seit der Auftaktaktion im August hat sich einiges getan: Mit großem Engagement und kreativen Aktionen klärten Attac-Gruppen in über 30 Städten VerbraucherInnen und Öffentlichkeit über die ausbeuterische und umweltschädigende Geschäftspraxis von Lidl auf. Zu Beginn der Aktionswoche im November protestierte ein Bündnis aus Attac, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Banafair vor der Konzernzentrale in Neckarsulm und überbrachte unsere Forderungen nach mehr Transparenz, Achtung sozialer Rechte und fairen Preisen. Das Lidl-Plagiat (lag dem letzten Rundbrief bei) und die Protestpostkarten finden reißenden Absatz, zudem wurden schon über 4.500 Protestmails an Lidl verschickt.

Auch für 2006 haben wir uns eine Menge vorgenommen: Die Ergebnisse aus dem Gespräch mit Lidl verfolgen wir weiter – wir werden den Konzern nicht aus seiner Verantwortung entlassen! Anfang März wird daher eine weitere dezentrale Aktionswoche stattfinden. Die Kampagnengruppe baut gerade Kontakte in verschiedene europäische Länder auf, um Lidl auch international in die Mangel zu nehmen. Zudem ist ein neuer Flyer in Arbeit, und die druckfrischen Aufkleber warten auf ihren Einsatz.

Wir freuen uns über alle, die uns helfen, unbequem zu bleiben! Schickt Lidl eine Protestpostkarte, sammelt Unterschriften gegen Umwelt- und Sozialdumping, verteilt unser Infomaterial und spendet! Nähere Informationen findet Ihr auf der Homepage:

www.attac.de/lidl-kampagne

oder per Mail an:

stop-lidl@attac.de

bzw. Tel. (069) 90 02 81-82.

Chris Methmann



Aktionskonferenz in Rostock am 25. April 2006:

Die G8 kommt – wir kommen auch!



Genua, Evian, Edinburgh und in diesem Jahr St. Petersburg – überall da, wo sich die neoliberale Weltelite trifft, werden ihre Gipfel von starken Protesten der Zivilgesellschaft begleitet. Kein Wunder: Armut, Verschuldung, Umweltzerstörung, Krieg, Angriffe auf soziale und demokratische Grundrechte – das ist die katastrophale Bilanz der neoliberalen Politik der

acht mächtigsten Wirtschaftsationen.

Der nächste G8-Gipfel wird im Juli 2007 im Ostseebad Heiligendamm bei Rostock stattfinden. Auch zu diesem Treffen ist eine breite europäische Gegenmobilisierung notwendig. Wir haben in Genua, Evian und Edinburgh reichlich Erfahrung sammeln können.

Die Mobilisierungen der Bewegung für globale Gerechtigkeit waren dann am erfolgreichsten, wenn es gelang, zu einer breiten Einheit zu gelangen, ohne die Vielfalt ihrer thematischen Unterschiede und Aktionsformen zu ignorieren. In Deutschland bereiten schon jetzt verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen und Netzwerke ein umfassendes politisches Bündnis vor. In Attac wird diese Mobilisierung in den kommenden Monaten einen Schwerpunkt unserer Arbeit bilden. Eine Projektgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen. Auch in

anderen Ecken der Zivilgesellschaft – von den developmentpolitischen Organisationen bis zu den autonomen Spektren – werden schon jetzt Aktivitäten vor und in Heiligendamm geplant: Veranstaltungen, Vortragsreihen, ein Gegengipfel, eine Großdemonstration und ein Camp sowie vielfältige Aktionen. Auch auf lokaler Ebene – wie etwa in Rostock und Bad Doberan – bereiten sich Menschen in örtlichen Zusammenschlüssen auf das große Ereignis vor.

Ziel ist ein Prozess hin zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, und zwar auch auf europäischer Ebene. Zu der ersten großen Bündiskonferenz am 25. April in Rostock wurden deshalb auch die OrganisatorInnen der Gipfelproteste von Edinburgh und St. Petersburg eingeladen.

Hugo Braun

Bei der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong gab es keine klaren Sieger. Weder sind die Verhandlungen ganz zugunsten der sakrosankten neoliberalen Globalisierungs-Trias Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung entschieden worden, noch haben Kritiker- und GegnerInnen der WTO ein eindeutiges Scheitern der Verhandlungen erzielt, geschweige denn akzeptable Alternativen etablieren können. Wie weiter nach Hongkong? Welche Schritte sollten folgen, um einen gerechten Welthandel zu schaffen? Diese Fragen werden Attac im Jahr 2006 stark beschäftigen. Und auch hier gibt es, wie bei vielen Themen, keine für alle Attacies verbindlichen Antworten. Wir stellen zwei Sichtweisen vor: Die grundsätzlichere Kritik an der WTO von Alexis Passadakis, der für Attac in Hongkong gegen die WTO aktiv war, und die Position von Claudia Meyer, die dafür wirbt, multilaterale Verträge für mehr Gerechtigkeit zu nutzen.

„Die Widersprüche sind unsere Hoffnung“

Ein Rückblick in die Medien vom Dezember 2005 zeigt, dass die Strategie der Bundesregierung und der EU bei der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Wesentlichen aufgegangen ist, das Auslaufen der Agrar-Exportsubventionen im Jahre 2013 (!) als bedeutendes Zugeständnis an die Entwicklungsländer zu verkaufen. Dementsprechend wurde häufig von einem „Kompromiss zugunsten der armen Länder (dpa)“ geschrieben. Dass diese PR-Maßnahme kaum die Probleme – in concreto das Verarmen und Verhungern – von Millionen von Kleinbauern im globalen Süden löst, war keine Meldung wert. Und auch nicht, dass bei den für die transnationalen Konzerne des Nordens interessantesten Bereichen, Industriegütern (NAMA) und Dienstleistungen (GATS), die Regierungen der Industrieländer eine drastische Weichenstellung in Richtung mehr Liberalisierung durchsetzten.

Bis hin zu einem gerechten Welthandelsystem ist es also noch ein sehr weiter Weg. Der einzige Akteur, der in Deutschland gegen die WTO ein wenig Mobilisierungsfähigkeit beweist, ist Attac. Dies ist keine gute Nachricht, sondern eine schlechte. Sie zeigt aber, wie wichtig die kontinuierliche Arbeit der vielen Lokalgruppen und der bundesweiten AG zu diesem Thema ist. Und angesichts von Verarmung und Entrechtung durch die WTO ist es nötig, sich weiter auf den Pfad zu einer anderen möglichen Welt zu begeben.

Ökonomisch alphabetisieren

In der Öffentlichkeit wird die aggressive Rolle der EU als Liberalisierungs-Falke und insbesondere die der deutschen Bundesregierung als Freihandels-Hardliner kaum diskutiert. Dabei ist die EU der exportstärkste Raum der Welt und die BRD erzielte für das Jahr 2002 einen Exportüberschuss von 126 Milliarden US-Dollar. Mit dem Export von Waren geht allerdings auch die Ausfuhr von etwas anderem einher: Arbeitslosigkeit und Armut. Um diesen enormen Überschuss zu erzielen, müssen nämlich konkurrierende Produzenten anderswo platt gemacht werden bzw. man verhindert am besten gleich ihre Entstehung. Die Marktöffnungspolitik der WTO ist dazu ein passables Mittel. Diese Weltmarktorientierung gilt es grundsätzlich zu kritisieren. Außerdem: Multilaterale Handelsverträge – wie bei der WTO – sind im Gegensatz zu bilateralen Abkommen – nicht per se etwas Gutes, insbesondere dann nicht, wenn sie ausschließlich die Regeln der Reichen festschreiben. Denn: Es geht um soziale Rechte, daran müssen sich bilaterale und multilaterale Verträge messen.

Mobilisieren

Bis Handelspolitik sich ändert, sind massive Veränderungen von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nötig. In Ländern wie zum Beispiel Venezuela scheint

es zu dieser kritischen Masse zu kommen. Auch wenn dies in der BRD nicht absehbar ist, lässt sich das Thema Welthandel mit anderen sozialen Auseinandersetzungen wie Sozialabbau und Arbeitslosigkeit verknüpfen und es können andere Akteure wie die Gewerkschaften gewonnen werden.

Transnationale Netzwerke knüpfen

Es gelingt bisher nicht, Stimmen aus dem Süden hier laut und deutlich hörbar zu machen. Genauso wichtig ist es Menschen im Süden zu zeigen, dass der neoliberale Konsens im Norden Risse hat. Transnationale Netzwerke sind notwendig, um zu koordinieren, wo strategische Ansatzpunkte für gewinnbare Auseinandersetzungen sind.

Alternativen entwickeln

Die WTO ist undemokratisch und ungerecht. Auch nach dem zweiten Platzen der Verhandlungen 2003 in Cancún gab es nicht den Hauch einer Reform der WTO. Daher: Es gilt Alternativen (weiter) zu erarbeiten – lokal und global. Zum Beispiel gegen das GATS müssen lokal mehr demokratische öffentliche Dienstleistungen erfochten werden und wie wäre es global mit einem Vertragswerk über den Schutz derselben? Außerdem muss Landwirtschaft aus der WTO herausgelöst werden – es gibt bereits Pläne für eine „Konvention über Ernährungssouveränität“. Allerdings geht der WTO-Prozess nun schleunigst weiter. Die entscheidende Station vor Abschluss der Runde könnte die „Genf Woche“ Ende April sein. Dort ist wütender Protest gegen die Ungerechtigkeiten dieses Welthandelssystems nötig. Denn: „Die Widersprüche sind unsere Hoffnung“, sagte Bertold Brecht in seiner Dreigroschenoper.

Alexis J. Passadakis,
Attac-AG Welthandel & WTO; WEED e.V.





Südens ungleich verteilt, sondern auch innerhalb der Gesellschaften. Und letztlich wurde die Globalisierung, als sei sie ein unwiderrufliches Schicksal, in den letzten Jahren in vielen Ländern als politischer Kampfbegriff missbraucht, um eine neoliberale Reformagenda durchzusetzen. Deutschland ist hier das beste Beispiel.

Interessen in Koalitionen bündeln

An der ungerechten Grundausrichtung der derzeitigen Welthandelsordnung wird auch das Verhandlungsergebnis von Hongkong wenig ändern. Und dennoch

Handelsregeln werden in den kommenden Wochen und Monaten verhandelt werden, und der Druck auf die Entwicklungs- und Schwellenländer wird zunehmen. Die Auswirkungen einer einzig und allein auf Liberalisierung ausgerichteten WTO-Agenda auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen deutlich zu machen und zu verhindern, den grundlegenden Widerspruch der bestehenden Welthandelsordnung beispielsweise zu entwicklungspolitischen Zielen wie dem der Armutsbekämpfung aufzudecken, bleibt die wichtigste Aufgabe einer kritischen Zivilgesellschaft.

Druck auf nationale Regierungen erhöhen

Die WTO ist eine Mitgliederorganisation, und jedes Verhandlungsergebnis ist die Summe gleich lautender Entscheidungen einzelner Regierungen. Mit den notwendigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Protesten auf internationaler Ebene gilt es deshalb, den Druck auf die nationalen Regierungen zu erhöhen. WTO-Regeln greifen tief in die Politiken einzelner Länder ein. Sie bedürfen deshalb der demokratischen Legitimation durch nationale Parlamente.

Es wird auch nach Hongkong darum gehen, für eine gerechte und demokratische Welthandelsordnung zu kämpfen, durch die bestehende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards gestärkt und weiter ausgebaut werden. Ein Scheitern der Verhandlungen wird allein keine sozialen oder ökologischen Fortschritte befördern. Das bestehende (Handels-)Regelwerk mit seinen ihm impliziten Ungerechtigkeiten würde lediglich fortgeschrieben und der Trend zu bilateralen Verträgen gestärkt werden – zu Lasten der weniger verhandlungsstarken Länder. Will man den weltweiten Wettbewerb um die schlechtesten Lebens- und Arbeitsbedingungen wirksam stoppen, gibt es zu einem multilateralen System mit allgemeingültigen sozialen und ökologischen Mindeststandards für alle keine Alternative. Es bleibt ein dickes Brett zu bohren.

Claudia Meyer,
DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Wirtschaftspolitik

„WTO-Regeln bedürfen der demokratischen Legitimation“

Die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong ist im Dezember 2005 mit einer Ministererklärung zu Ende gegangen, mit der von offizieller Seite niemand so recht zufrieden zu sein schien. Dies könnte als Indiz dafür genommen werden, dass die Interessen aller Parteien in den Verhandlungen gewürdigt wurden. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist das jedoch mehr als zu kurz gegriffen.

Im Vorfeld der Ministerkonferenz hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt:

„Die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze weltweit muss oberste Priorität der Verhandlungen bei der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong sein. Der DGB setzt sich für einen Erfolg der Verhandlungen ein. Voraussetzung dafür ist aber, dass die soziale und entwicklungspolitische Dimension des Welthandels ausreichend gewürdigt wird.“

Gemessen hieran sind die Ergebnisse von Hongkong mehr als enttäuschend. Den Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen ist es erneut nicht gelungen, soziale und ökologische Standards über die Handelsregeln der WTO zu stellen. Der freie Handel allein mehrt den allgemeinen Wohlstand nicht, im Gegenteil: Im Zuge der Globalisierung hat sich der Abstand zwischen arm und reich deutlich vergrößert, wie unter anderem die Weltkommission der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in ihrem Jahresbericht 2004 festgestellt hat. Die Globalisierungsgewinne sind nicht nur zwischen den Staaten des Nordens und des

gibt es auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Was bereits in Cancún mit dem Scheitern der Ministerkonferenz seinen Ausdruck gefunden hat, hat sich in Hongkong fortgesetzt: Den Entwicklungsländern ist es gelungen, ihre Interessen in Koalitionen zu bündeln und gegenüber den entwickelten Ländern zu vertreten. Im Bereich der Landwirtschaft kann das für 2013 beschlossene Auslaufen der Agrarexportsubventionen als kleiner Erfolg gewertet werden. Aus Sicht der Entwicklungsländer wäre ein früherer Zeitpunkt sicher wünschenswert gewesen. Vor dem Hintergrund jedoch, dass die EU und insbesondere die Deutsche Regierung nur zu Zugeständnissen bereit war, wenn ihre Interessen bei Industriegütern und Dienstleistungen ausreichend gewürdigt würden, konnte das Schlimmste trotz deutlicher Drohgebärden zunächst verhindert werden.

Auswirkungen deutlich machen

Doch damit sind die Gefahren keineswegs vom Tisch. Die meisten Konflikte wurden aufgeschoben und verstecken sich hinter der eher technisch klingenden Formulierung, dass die Modalitäten bis zum 30. April dieses Jahres vereinbart werden sollen. Durch eine zu schnelle Marköffnung beispielsweise im Industriebereich drohen durch die Konkurrenz aus dem Norden Millionen von Arbeitsplätzen in Entwicklungs- und Schwellenländern vernichtet und ArbeiterInnen ins Elend gestürzt zu werden. Die Details der neuen

Rückblick:

10. November 05

Online-Aktion gegen höhere Mehrwertsteuer

Unter dem Motto „Mehrwertsteuer? Finger weg! Es gibt Alternativen“ haben Attac, Campact, die IG Metall und das Tax Justice Network eine gemeinsame Kampagne gestartet. Statt die Mehrwertsteuer zu erhöhen, sollten Steuerschlupflöcher geschlossen, große Vermögen und Unternehmensgewinne angemessen besteuert sowie die Steuerprüfung effektiver gestaltet werden. Diese Forderungen sollen an möglichst viele Parlamentarier von Union und SPD übermittelt werden. Weitere Informationen und die Möglichkeit, an den eigenen Wahlkreisabgeordneten zu schreiben, gibt es hier:

www.campact.de/mwst/home

17. November 05

Protestaktion vor Lidl-Zentrale

Vor der Firmenzentrale der Lidl-Gruppe hat Attac zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Banafair gegen die Einkaufspolitik und die mangelnde Transparenz des Konzerns protestiert. Mit einem großen Transparent („Lidl verramscht Nahrung, Umwelt, Menschenrechte“), einer Kette



aus Einkaufswagen, die die Macht der Verbraucher symbolisierte, und einer Kuh blockierten die Demonstranten die Zufahrt zum Lidl-Gelände. Zudem überreichten sie ihre Forderungen nach mehr Transparenz sowie nach fairen Preisen für Milch und Bananen. Als Reaktion auf die Aktion kam der Lidl-Vorstand im Dezember zu einem Gespräch mit Attac, AbL und Banafair nach Frankfurt.

Mehr Informationen:

www.attac.de/lidl-kampagne
sowie auf den Seiten 3 und 9.

20. – 21. November 05

Strategie- und Aktionskonferenz

Rund 350 Mitglieder unterschiedlicher Gewerkschaften, Bewegungen und Organi-



sationen haben bei einer Strategie- und Aktionskonferenz über gemeinsame Aktivitäten diskutiert, um der großen Koalition der Bundesregierung eine große Koalition außerparlamentarischer Bewegungen entgegenzusetzen: Gegen kommunale Privatisierungen ebenso wie gegen bundesweiten Sozialabbau und die EU-weite Liberalisierung von Dienstleistungen durch die Bolkestein-Richtlinie wurden Proteste vereinbart und Gegenkonzepte diskutiert.

21. – 26. November 05

Bundesweite Lidl-Aktionswoche

Auch auf regionaler Ebene gingen die Aktivitäten gegen Lidl weiter: 20 Attac-Gruppen beteiligten sich Ende November (oder kurz darauf) an einer Aktionswoche zu kreativen Protesten. So wurden in München die Dumpingmethoden des Discounters in einer Lesung mit OB Christian Ude vorgestellt und anschließend in Protestaktionen vor Lidl-Märkten angeprangert. In Fulda schritt ein lautstarker bunter Zug durch die Straßen und drehte von



diesem Event einen kurzen Film. In Kiel gingen AktivistInnen kostümiert mit einem kleinen Lidl-Protest-Musical auf die Straße. Berichte dazu stehen auf der Homepage:

www.attac.de/lidl-kampagne
unter „Aktionen vor Ort“.

10. Dezember 05

Globaler Aktionstag gegen die WTO

Wenige Tage vor Beginn der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong gab es im Rahmen eines internationalen Aktionstages weltweit Proteste gegen die Politik der Welthandelsorganisation. In Deutschland waren Attac-Gruppen in mindestens 20 Städten mit Informationsveranstaltungen, Straßentheater und Demonstrationen unter dem Motto „Hongkong platzen lassen“ aktiv. Bei einer Demonstration in Berlin kamen Umwelt, Menschenrechte und Demokratie buchstäblich unter die Räder der WTO; beim „WTOpoly“-Spiel in Dortmund wurden die unfairen Regeln des Freihandels demonstriert; in Freiburg, Ulm, Wurmtal und Bielefeld brachten Attac-



Mitglieder die WTO-Konferenz in Form von Luftballons buchstäblich zum Platzen. Zudem gab Straßentheater mit leeren WTO-Geschenken in Hannover, mit gefährlichen WTO-Drachen in Minden und dem Ausverkauf der Welt in München, viele Protestfotos für die Online-Demonstration (www.stop-wto.org) und vieles mehr.

Bilder und Berichte vom Aktionstag:
www.attac.de/wto/hk-aktionstag.php

14. Dezember 05

„Award of Change“ für Attac

Die Münchener Künstlerin Lucia Dellefant hat Attac den mit 1000 Euro dotierten „Golden Award of Change 2005“ für das geleistete gesellschaftliche Engagement verliehen. Beim Festakt im Münchener Stadtmuseum sagte die Künstlerin zur Begründung: „Attac versucht nicht, bestehende Defizite auszufüllen, sondern grundlegende Strukturen zu ändern. Andere humanitäre Organisationen gießen eine Pflanze, Attac versucht, sie umzutopfen.“

13. – 18. Dezember 05

WTO-Ministerkonferenz in Hongkong

Während der WTO-Ministerkonferenz protestierten viele tausend Menschen vor Ort in Hongkong, darunter auch einige Attac-Mitglieder aus Deutschland. Mit Demonstrationen in der Stadt und Pro-



testaktionen im Konferenzgelände (Foto: Der GATS-Weihnachtsmann verteilt Geschenke and Konzerne) machten sie ihre Kritik an der WTO deutlich, die einseitig die Interessen von Konzernen und Industriestaaten vertritt. Die Ergebnisse der Konferenz sieht Attac kritisch: Zwar ist nur wenig beschlossen worden, doch das wenige ist äußerst negativ. So ist das längst überfällige Ende der Agrar-Exportsubventionen weit in die Zukunft verschoben worden, doch im Gegenzug mussten die Entwicklungsländer gefährliche Weichenstellungen bei Zöllen und Dienstleistungen hinnehmen. Mehr Informationen, Weblog und Fotos aus Hongkong unter: www.attac.de/hongkong

10. Januar 06

Kampagne gegen „Terminator-Technik“

In einer gemeinsamen Kampagne unter dem Motto „Freie Saat statt tote Ernte“ fordert Attac zusammen mit 30 weiteren Organisationen aus dem Umwelt-, Ent-

wicklungs- und Agrarbereich, die so genannte „Terminator-Technologie“ weltweit zu ächten. Mit diesem neuen gentechnischen Verfahren wollen Saatgutkonzerne Pflanzen unfruchtbar machen und damit verhindern, dass Landwirte einen Teil ihrer Ernte aufbewahren und im folgenden Jahr als Saatgut verwenden. Bisher wird die Anwendung dieser Technik durch ein Moratorium der Biodiversitätskonvention verhindert, doch dieses ist in Gefahr. Eine Erklärung, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, die Terminator-Technologie zu stoppen, kann im Internet unterzeichnet werden:

www.freie-saat.de

Ausblick:

11. Februar 06

Bolkestein-Demos in Strasbourg und Berlin

Wenige Tage vor der Abstimmung im Europaparlament ruft Attac zur europäischen Demonstration in Strasbourg auf; zudem unterstützen wir die von Gewerkschaften initiierte Demonstration in Berlin. Infos und Mitfahrhbörse:

www.attac.de/strasbourg

6. – 11. März 06

Bundesweite Lidl-Aktionswoche

Erneut soll im März vor möglichst vielen Lidl-Märkten informiert und protestiert werden.

Mehr Infos unter:

www.attac.de/lidl-kampagne und auf Seite 3

22. – 23. April 06, Essen und

6. – 7. Mai 06, Hannover

Regionalkonferenzen zu internationalen Steuern

Die Attac-AG Steuern will das Thema „Internationale Steuern“ in diesem Jahr intensiv bearbeiten. Auf den Regionalkonferenzen gibt es kompetente Informationen und die Möglichkeit für Attac-Gruppen, eigene Aktivitäten vorzubereiten.

Mehr Infos:

www.attac.de/internationale-steuern

4. – 7. Mai 06

Europäisches Sozialforum in Athen

Wie wirkt sich die neoliberale Globalisierung auf lokaler Ebene aus, etwa im Städtebau oder durch globale Immobilienspekulation? Wie gehen die Proteste gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie weiter? Wie stehen die europäischen Bewegungen zum weiteren EU-Verfassungsprozess, zu Krieg und Frieden, zu Prekarisierung, Migration und Armut? Alle diese Themen werden beim Europäischen Sozialforum vom 4. bis 7. Mai in Athen zur Sprache kommen. Mehr Informationen:

www.fse-esf.org

24. – 28. Mai 06, Münster

Attac-Aktionsakademie

Für alle aktionsbegeisterten Attacies gibt es wieder viele Angebote in Theorie und Praxis.

4. – 9. August 06

Attac-Sommerakademie in Karlsruhe

Jetzt schon vormerken: Das Jahres-Highlight im Attac-Kalender.



dieses Mal im Portrait:
die Attac-Mitgliedsorganisation *ila* und der
Wissenschaftliche Beirat von Attac.

Die Informationsstelle Lateinamerika



ila 265 Mai 2003
Zeitschrift der
Informationsstelle
Lateinamerika
Einzelheft 4,50 €

www.ila-web.de

...- *ila* – ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Bonn. Sie fühlt sich den Anliegen und Kämpfen emanzipatorischer Bewegungen in Lateinamerika verbunden und will Informationen darüber in der hiesigen Öffentlichkeit verbreiten. Wichtigstes Instrument dafür ist die zehnmal jährlich erscheinende Zeit-

schrift „*ila*“. Sie behandelt auf 60 Seiten jeweils ein Schwerpunktthema und berichtet über Hintergründe und aktuelle Entwicklungen. Eine etwa 20-köpfige ehrenamtliche Redaktion, ein ausgedehntes Netz von KorrespondentInnen in Lateinamerika und Europa sowie zwei „halbe“ hauptamtliche RedakteurInnen erledigen die Arbeit. Wir finanzieren uns fast ausschließlich aus (mit ca. 2000 zu wenigen) Abos und Spenden.

Die Themen sind vielfältig, Schwerpunkte behandeln einzelne Länder (zuletzt Dominikanische Republik, Uruguay), Bewegungen (Landlose, Gewerkschaften), ökonomische Zusammenhänge (Stadtentwicklung, Schulden), Kultur (Latinokultur in Deutschland, Musikszene in der Karibik) und viele weitere Themen (Afrika und Lateinamerika, Frauenmorde). Jeweils der Juli-Schwerpunkt portraitiert eine Stadt (Caracas). Im Berichtsteil gibt es neben Infos aus den einzelnen Ländern viel Kultur mit Schwerpunkt auf Musik und Literatur.

Der Austausch zwischen Lateinamerika und Deutschland ist uns besonders wichtig. Wir haben zahlreiche MigrantInnen in beide Richtungen (auch in einem Buch) ausführlich vorgestellt. Die Solidaritätsbewegung erhält breiten Raum in der Berichterstattung, wir beteiligen uns an Kampagnen und Aktionen.

Solidarität heißt immer auch Engagement für die Veränderung der eigenen Gesellschaft: Schon in den 70er Jahren waren wir am Russel-Trbunal über die politische Unterdrückung in der BRD beteiligt, waren aktiv in der Friedensbewegung, bei den Kampagnen gegen IWF und Weltbank und für Schuldenstreichung sowie in der BuKo (Bundeskoordination Internationalismus). Seit der Gründung wurde die *ila* regelmäßig in den Koordinierungskreis von Attac Deutschland gewählt. Neben der Zeitung machen wir eigene Veranstaltungen und kommen auch gerne zu Vorträgen.

Werner Rätz,
Informationsstelle Lateinamerika e.V.

ila
Oskar-Romero-Haus, Heerstr. 205
53111 Bonn
Tel.: 0228/658 613
ila@ila-bonn.de
www.ila-web.de

Der Wissenschaftliche Beirat von Attac

Der Wissenschaftliche Beirat wurde im April 2001 gegründet und hat heute knapp 100 Mitglieder. Die meisten arbeiten als ProfessorInnen oder AssistentInnen an Universitäten und Forschungsinstituten, vor allem in den Bereichen Ökonomie, Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Rechts- und Umweltwissenschaft. Kriterium der Mitgliedschaft ist neben der Promotion mindestens eine globalisierungskritische Publikation. Der Wissenschaftliche Beirat versteht sich nicht als Teil von Attac, sondern als unabhängiges Gremium, das seine eigenen Einschätzungen vertritt.

Die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit werden der Bewegung für eine andere Globalisierung zur Verfügung gestellt, wenn diese sie sinnvoll findet. Umgekehrt informieren sich die Mitglieder des Beirates über die jüngsten Entwicklungen bei Attac, es werden Diskussionen geführt, Einschätzungen entwickelt und unterschiedliche Aktivitäten geplant. Neben zwei oder drei bundesweiten Treffen jährlich gibt es einige inhaltlich orientierte

Arbeitsgruppen. Beiratsmitglieder werden immer wieder zu Strategietreffen von Attac eingeladen.

Im Zentrum steht die Bildungsarbeit für Attac und andere Interessierte, an erster Stelle die vielen Veranstaltungen, zu denen Mitglieder eingeladen werden. Auch die AttacBasisTexte werden teilweise von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirates verfasst. Es gibt umfangreiche Reader aus dem wissenschaftlichen Beirat zu den Themen Krieg, Agenda 2010 und Antisemitismus. Derzeit entsteht ein Reader zum Thema solidarische Ökonomie. Eine wichtige Rolle spielte der Beirat für die Koordination von Aktivitäten in der Kampagne gegen die EU-Verfassung im vergangenen Mai.

Das bislang größte Projekt war das „Lexikon der Globalisierung“. Im Jahr 2004 wurde jeden Montag in der Tageszeitung *taz* ein globalisierungsrelevanter Sachverhalt als Stichwort veröffentlicht. Daraus ging das Ende 2005 erschienene „ABC der Globalisierung“ mit über 100 Stichworten hervor, an dem sich 70 AutorInnen beteiligten.

Ein intensiver Austausch und voneinander Lernen zwischen Beirat und Attac hat sich auf den Attac-Sommerakademien entwickelt. Die Anbindung des Beirates in andere Attac-Strukturen könnte durchaus stärker sein. Viele Beiratsmitglieder sind hier aber wegen der hohen Arbeitsbelastung zurückhaltend.

Im Jahr 2006 wird die europäische Vernetzung von WissenschaftlerInnen im Attac-Umfeld im Zentrum der Aktivitäten stehen. Der Beirat möchte sich außerdem stärker in die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen einmischen.

Ulrich Brand,
Koordinator des Wissenschaftlichen
Beirates
ulibrand@uni-kassel.de



Die Lidl-Kampagne Lidl in der Bewegung – und wohin soll es gehen?

Ein Gespräch mit **Kay-Oliver Schulze** von der Lidl-Kampagne



Auftakt der Lidl-Kampagne,
Göttingen, August 2005



?? Nachdem Ihr mit Kuh, Transparent und vielen AktivistInnen vor der Lidl-Konzernzentrale protestiert hattet, bat die oberste Geschäftsleitung um ein Gespräch. Was ist dabei herausgekommen?

Schulze: Wir haben in Ruhe unsere Kritik und unsere Forderungen dargelegt. Die Atmosphäre war gut, aber es war klar, dass wir keine Kuschelrunde einläuten. Lidl hat deutlich gemacht, dass der Konzern kein Interesse an mehr Transparenz hat. Es sei gut für das Unternehmen, wenn keiner wisse, wo es genau steht und wie es arbeitet. Das ist für uns natürlich inakzeptabel. Der Discounter bekämpft weiterhin die Entstehung gewerkschaftlich organisierter Betriebsräte und tritt damit verbindliche Rechte der Beschäftigten mit Füßen. Andererseits haben sie sich offen gezeigt, probeweise fair gehandelte Produkte zu verkaufen und mit den BäuerInnen über Milchpreise zu sprechen.

?? Darauf kann man sich eine ganze Menge einbilden, Lidl dazu gebracht zu haben, nach Außen zu treten, ist ein großer Erfolg.

Schulze: Wobei man dazu sagen muss, dass Lidl schon seit einiger Zeit im Kreuzfeuer von vielen Seiten steht. Neben Attac sind auch ver.di und Greenpeace gegen Lidl aktiv, um nur einige zu nennen. Aber immerhin hat der Konzern mit unserer Kampagne erstmals das Gespräch gesucht.

?? Lidl behauptet immer wieder, dass selbstverständlich Tariflöhne gezahlt würden. Die Konzernführung prüft jetzt die Einführung von Transfairprodukten. Trifft die Kampagne den Falschen?

Schulze: Keineswegs. Lidl war und ist Negativvorreiter im Dumpingbereich, allerdings geht der neue Geschäftsführer Gehrig sehr offensiv mit Kritik um. Nicht zuletzt aus marktstrategischen Gründen, denn verschiedenen Studien zufolge haben die Discounter ihr KundInnenpotential weitgehend ausgereizt. Im Konkurrenzkampf passen Lidl, Aldi & Co ihre alten Geschäftsmodelle an und verkaufen dann versuchsweise schon mal fair gehandelten Kaffee.

In den Diskussionen um Dumpinglöhne hat Lidl zudem klare interne Anweisungen gegeben, wie auf kritische Fragen zu reagieren ist. Die wirklichen Arbeitsbedingungen lassen sich aber weder überprüfen noch einklagen, solange das Unternehmen Betriebsratsgründungen so planmäßig vereitelt.

Wir haben somit zwar Ansätze für den Erfolg, müssen aber jetzt erst recht dranbleiben, um echte Veränderungen erzwingen zu können.

?? Gerade ist Lidl in Dänemark positiv aufgefallen. Im Gespräch mit Gewerkschaften hat der Konzern übertarifliche Bezahlung und recht gute Arbeitsbedingungen angeboten. Wie seht Ihr diese Entwicklung?

Schulze: Das Unternehmen hatte sich bereits in Schweden über die dort tief verwurzelte gewerkschaftliche Tradition hinweggesetzt und dabei eine Bauchlandung hingelegt. Dort gibt es massive Proteste

gegen den Konzern. Für Dänemark hat Lidl offenbar dazugelernt. Damit können wir den Konzern auch hier unter Druck setzen. Aus Tschechien und Polen erreichen uns aber ganz andere Nachrichten, nach denen die Beschäftigungsbedingungen noch erheblich schlechter sind als hier, sprich: noch mehr Kontrollen, noch mehr Druck und entsprechend schlechtere Löhne.

?? Welche Ziele verfolgt die Kampagne? Lidl zur Änderung des Sortiments zu zwingen, gehörte doch ursprünglich nicht dazu.

Schulze: Im Gegenteil, dass Lidl fair gehandelte Milch und Bananen ins Sortiment aufnimmt, war immer Teil unserer Forderungen. Andere reichen aber noch weiter und kritisieren die Dumpingpolitik als Ganzes, mitsamt ihren weltweiten Auswirkungen. Wir fordern, dass Lidl soziale Rechte achtet, transparenter arbeitet und verrät, wo die Waren herkommen. Das unterscheidet die Attac-Lidl-Kampagne von der Kampagne von ver.di.

Außerdem möchte unsere Kampagne ökonomische Aufklärung leisten. Ausgehend von unseren Forderungen lassen sich leicht Themen wie Sozialabbau, Welthandel, Liberalisierung etc. vertiefen. Viele Gruppen nutzen zudem die Gelegenheit, ihre Kooperationen zum Beispiel mit Eine-Welt-Läden, Gewerkschaften oder Umweltinitiativen auszubauen. Und die Kampagnengruppe bastelt gerade an einem neuen Flyer, der dazu anregen möchte, sowohl bewusst einzukaufen als auch streitbar aufzutreten.

Interview: **Karsten Peters**



Lidl-Kampagner Kay-Oliver Schulze
an seinem Arbeitsplatz im Attac-Büro

Themenpakete im Attac-Materialversand

Da die Themenpakete des letzten Rundbriefs so gut angekommen sind, gibt es hier mit dem dicken Paket zu Krieg und Frieden einen Nachschlag – nahe am 3. Jahrestag des Irak-Krieges. Die Artikel sind nach wie vor einzeln, aber jetzt auch im Paket verbilligt erhältlich – allerdings nur, solange der Vorrat reicht!

Paket „Krieg und Frieden“

Mohssen Massarrat: Amerikas Weltordnung – Hegemonie und Krieg für Öl
Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die reichste und militärisch mit Abstand stärkste Macht in der Welt. Doch dieser Reichtum beruht nicht nur auf der eigenen Leistung, sondern auch auf der Mobilisierung und Umleitung von menschlichen, natürlichen und finanziellen Ressourcen aus der ganzen Welt, und zwar zulasten gegenwärtiger und künftiger Generationen.
Paperback, 184 S., 14,80 EUR

Rudi Friedrich (Hg.): Gefangen zwischen Terror und Krieg? Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung. Geschichten, Analysen, Positionen.
Beiträge zu den sozialen und politischen Hintergründen eines Konfliktes, der sich in der Besatzungspolitik und militärischen Aktionen Israels sowie Selbstmordanschlägen der palästinensischen Seite ausdrückt. Einig sind sich die AutorInnen, dass auf Regierungsebene kaum Anzeichen für eine Verhandlungslösung zu finden sind. Im Mittelpunkt der Analysen und Einschätzungen steht deshalb die

Frage, welche Möglichkeiten und Chancen es für einen Frieden aus den Gesellschaften heraus gibt. Besondere Beachtung finden die Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung einsetzen. Mit Beiträgen von Uri Avnery, Rafik Schami, Mosche Zuckermann u.a.
Paperback, 150 S., 12 EUR

Wissenschaft & Frieden Dossier Nr. 43, Thomas Nauwerth: In the name of the prince of peace – Christliche Kirchen als friedliche Stimme der Vernunft
Der Autor schlägt den Bogen von der „Soldatensegnung“ im Zweiten Weltkrieg bis zu der den Krieg ablehnenden Position der christlichen Kirchen heute. Er untersucht die Hintergründe dieses Wandels, schildert anhand zahlreicher Beispiele, wie weitgehend die Veränderungen sind, die wir gegenwärtig erleben, und plädiert für eine Umsetzung der kirchlichen Stellungnahmen in Handlungsoptionen. Das Dossier enthält darüber hinaus zahlreiche aktuelle kirchliche Stellungnahmen im Wortlaut.
Broschüre, 20 S., 2 EUR

Noam Chomsky: Offene Wunde Nahost – Israel, die Palästinenser und die US-Politik
Welche Chancen hat Israel? Und welche haben die Palästinenser? Der Linguist und politische Aktivist Noam Chomsky, Professor am Massachusetts Institute of Technology und Träger zahlreicher Ehrendoktorwürden, analysiert das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern speziell unter Einbeziehung der US-amerikanischen Politik und Propaganda. Das wichtigste Buch von Noam Chomsky zur Nahost-Krise!
Paperback, 358 S., 14,90 EUR

**Alle vier zusammen im
Paket zum Sonderpreis
von 35 EUR!**

Impressum

Attac Trägerverein e.V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 900 281-10
Fax: 069 / 900 281-99
E-Mail:

info@attac.de
www.attac.de

Produktion:
Attac Trägerverein e.V.
Redaktion:

Jule Axmann (J.A.), Lena Bröckl (lb),
Malte Kreutzfeldt (MK), Werner Rätz (wr),
Gabriele Rohmann (gr)
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

nix wie weg! Themenpakete hier bestellen!

Hiermit bestelle ich...
...aus dem Paket „Krieg und Frieden“:

- ___ Stk. Massarrat: Amerikas Weltordnung, 14,80 EUR (2301)
___ Stk. Friedrich (Hg.): Gefangen zwischen Terror und Krieg, 12 EUR (2410)
___ Stk. W&F-Dossier 43: In the name of the prince of peace, 2 EUR (3306)
___ Stk. Chomsky: Offene Wunde Nahost, 14,90 EUR (2324)
___ Stk. Paket „Krieg und Frieden“ komplett (alle vier Artikel), 35 EUR (6601)

(Alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten)

per Post an:
Attac, Münchner Str. 48,
60329 Frankfurt/M.
per Fax an: 069-900 281-99
telefonisch unter: 069-900 281-10
online unter:
www.attac.de/material
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Name _____
Str./Nr. _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____
E-Mail _____



attac

Rechtshilfefonds

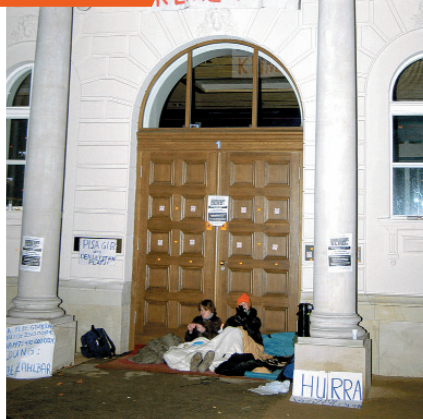
Attac kämpft an den Brennpunkten der Globalisierung – ob in Hongkong, in Brüssel oder in Fulda. Überall stehen die Attaktivisten in der ersten Reihe und fordern eine menschlichere Zukunft.

Wir kämpfen gegen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, gegen die Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung, gegen die immer krassere Umverteilung von unten nach oben und für eine friedliche Welt mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und der Aussicht auf eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen dieses Planeten.

Wir kämpfen mit friedlichen Mitteln, sowohl durch Mobilisierung von Tausenden Menschen bei Demonstrationen als auch durch Aufklärung an Infoständen und auf Veranstaltungen. Wir sprechen die Dinge aus, die sonst gern unter den Tisch gekehrt werden.

Wir kämpfen mit friedlichen Mitteln

- Trotzdem kann es immer wieder vorkommen,
- dass Attaktivisten festgenommen werden,
 - dass Attaktivisten zu unrecht beschuldigt werden,
 - dass Wohnungen durchsucht werden,
 - dass Computer beschlagnahmt werden,
 - dass Ermittlungen und Strafverfahren eingeleitet werden.



Hier kommt der Rechtshilfefonds zum Einsatz

Wir wollen unseren aktiven MitstreiterInnen für eine bessere Welt Sicherheit und Hilfe anbieten, damit sie nach einer gemeinsamen Aktion nicht alleine auf ihren Anwalts- und Gerichtskosten sitzen bleiben.

Der Attac-Rechtshilfefonds benötigt Eure Hilfe

Im Jahr 2007 wird der Fokus des weltweiten Kampfes unweigerlich auf dem Treffen der G8 in Heiligendamm liegen, mitten in Mecklenburg-Vorpommern. Die weltweite Mobilisierung wird Hunderttausende nach Heiligendamm in Bewegung setzen, die mit fantasievollen, kreativen Aktionen die Ziele der G8 bloßstellen werden. Um für diesen Ansturm und die etwaigen Folgen daraus gerüstet zu sein, benötigt der Rechtshilfefonds Eure finanzielle Unterstützung. Auch kleine Beträge helfen!



Bitte spendet auf das Treuhand-Konto:

Attac-Rechtshilfefonds
Konto: 6000 241 100
GLS Gemeinschaftsbank
BLZ: 430 609 67

Obwohl die Arbeit des Rechtshilfefonds gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit ist, sind seine Dienste nach der bisherigen Gesetzeslage nicht als gemeinnützig anerkannt. Daher können wir keine Spendenquittungen ausstellen.

Detaillierte Informationen über den Attac-Rechtshilfefonds findet Ihr unter:
www.attac.de/rechtshilfefonds

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069/900 281-10 oder per E-Mail an:

info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Jetzt die Mobilisierung nach Strasbourg unterstützen!

Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie ist gruselig. Sie ist ein Angriff auf Umweltschutz, ArbeitnehmerInnenrechte und Sozialstandards. Sollte die nach ihrem Erfinder so genannte „Bolkestein-Richtlinie“ durch die Abstimmung im Europaparlament kommen, drohen überall in Europa Konkurrenz, Sozialabbau, Lohndumping und Aus-

verkauf öffentlichen Eigentums in nie gekanntem Ausmaß.

Diese Entwicklung muss und kann verhindert werden! Wenn es uns gelingt, eine starke Mobilisierung auf die Beine zu stellen, können wir richtig Druck machen. Wir müssen die Abgeordneten mit Nachdruck daran erinnern, wessen Willen sie im Europaparlament repräsentieren müssen.

Unser wichtigstes Ziel ist es deshalb im Augenblick, möglichst viele Menschen dazu zu bringen, sich an den Protesten gegen die Richtlinie zu beteiligen. Diese Mobilisierung kostet Geld, deshalb bitten wir alle darum, mit einer Spende mit dem unten angehängten Überweisungsträger einen Beitrag dazu zu leisten. Je breiter der Protest, umso deutlicher wird der Wille der Bürgerinnen und Bürger: für ein soziales Europa und gegen die Bolkestein-Richtlinie.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich gegen die Richtlinie zu engagieren:

– Beteiligt Euch an der gesamteuropäischen Demonstration in Strasbourg am 11. Februar!

– Wenn Ihr zu weit von Strasbourg entfernt wohnt: Beteiligt Euch an der Demo am selben Tag in Berlin!

– Beteiligt Euch an möglichen Folgeaktionen! Selbst wenn die Richtlinie durch das EU-Parlament kommen sollte, muss sie noch vom Rat verabschiedet werden. Wir lassen die Proteste auch dann nicht abreißen!

– Unterstützt die Mobilisierung mit einer Spende!

In diesem Rundbrief berichten wir auf den Seiten 1 und 2 zum Thema. Mehr Informationen zur geplanten Richtlinie finden sich im Netz unter:

www.attac.de/bolkestein

Weitergehende Infos zur Demo in Strasbourg und zu anderen Möglichkeiten, sich gegen die Richtlinie zu wehren, gibt es auf der Sonderseite:

www.attac.de/strasbourg

